

Diskussionsstand zum Arbeitspapier „Integrierter Pflanzenschutz: Status und Perspektiven - Stakeholder-Befragung zum Integrierten Pflanzenschutz: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse“ der UAG „Erfolgsfaktoren, Hemmnisse, Anreize“ vom 25.02.2025

zusammengefasst durch die Geschäftsstelle NAP am 12.03.2026, aktualisiert am 12.10.2026

Zur Entstehung und Abstimmung des UAG-Arbeitspapiers:

In ihrer konstituierenden Sitzung im August 2023 hat die [Arbeitsgruppe „Integrierter Pflanzenschutz“ \(AG IPS\) des Forums NAP](#) Arbeitsthemen gesammelt und priorisiert. Dabei wurde als ein vordringliches Thema festgehalten:

- die Analyse von Hemmnissen und Erfolgsfaktoren sowie möglicher Anreize für die Umsetzung des IPS in der Praxis, unter besonderer Berücksichtigung der Ursachen und Rahmenbedingungen, die zur Umsetzung bzw. Nicht-Umsetzung vorhandener nicht-chemischer Pflanzenschutzverfahren führen.

Hierzu wurde im ersten Schritt Ende 2023 eine Abfrage bei AG-Mitgliedern durchgeführt, um Fachinformationen und Einschätzungen zu sammeln. Die zugelieferten Einschätzungen wurden zusammengefasst und die Ergebnisse in der zweiten AG-Sitzung im März 2024 vorgestellt. Die AG richtete eine Unterarbeitsgruppe (UAG) ein, um die Thematik weiterzuverfolgen. Diese hat in einem Arbeitspapier zentrale Punkte aus der Abfrage herausgearbeitet und Handlungsbedarf abgeleitet. Im Februar 2025 legte die UAG der AG IPS ihr Arbeitspapier zur weiteren Abstimmung vor. Im Zuge des Abstimmungsprozesses wurden Anmerkungen von AG-Mitgliedern besprochen und einzelne Änderungen im Text vorgenommen. Grundsätzliche Bedenken einzelner AG-Mitglieder konnten allerdings nicht ausgeräumt werden. Es wurde abschließend erfasst, inwieweit die AG-Mitglieder das UAG-Arbeitspapier im Grundsatz unterstützen, und der Diskussionsstands dokumentiert. Über diesen wurde das Forum NAP auf der [Sitzung vom 19./20. März 2025](#) informiert. Am 23. September 2026 kam die AG IPS zum vorerst letzten Mal zusammen, da die Tätigkeit der Arbeitsgruppen des Forums NAP während der gegenwärtigen [Überarbeitung des NAP](#) ruht. Sie übergab in diesem Zuge dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Heimat den vorliegenden Diskussionsstand mit der Bitte, diesen bei der Überarbeitung des NAP zu berücksichtigen. Im Weiteren beschloss die AG, den Diskussionsstand zu veröffentlichen.

Votum der AG IPS vom März 2025 zu dem UAG-Arbeitspapier:

Die AG IPS trägt das UAG-Arbeitspapier mehrheitlich mit. Einzelne AG-Mitglieder haben ihrer Zustimmung Anmerkungen beigelegt. AG-Mitglieder, die das Arbeitspapier grundsätzlich oder in Teilen nicht unterstützen können, haben ihre Gründe in Stellungnahmen dargelegt. Um den Diskussionsstand transparent darzustellen, wurden die Anmerkungen und Stellungnahmen in Anlage 2 und 3 beigelegt.

Anlage 1: UAG-Arbeitspapier „Integrierter Pflanzenschutz: Status und Perspektiven - Stakeholder-Befragung zum Integrierten Pflanzenschutz: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse“ mit Anhang „Präsentation zu den Ergebnissen der Stakeholder-Befragung“ (Stand 25.02.2025)

Anlage 2: Anmerkungen von AG-Mitglieder, die im Grundsatz das Arbeitspapier mittragen (Stand 12.03.2025)

Anlage 3: Stellungnahmen von AG-Mitgliedern, die das Arbeitspapier im Grundsatz oder in Teilen nicht mittragen können (BÖLW, Bioland, Umweltverbände). (Stand 12.03.2025)

Anlage 1

Arbeitspapier der UAG „Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und Anreize“ der AG „Integrierter Pflanzenschutz“ im Forum NAP

„Integrierter Pflanzenschutz: Status und Perspektiven“

Stakeholder-Befragung zum Integrierten Pflanzenschutz: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse

Stand: 25.02.2025

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesteckt, die Landwirtschaft nachhaltiger, ökologischer und zukunftsfähiger zu gestalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Stärkung des Integrierten Pflanzenschutzes, mit dem Ziel, die Risiken von Pflanzenschutzmitteln (PSM) für die Umwelt und menschliche Gesundheit auf ein Minimum zu reduzieren. Zu diesem Zweck sollen unter anderem die Verfügbarkeit nicht-chemischer Verfahren, risikoärmerer und biologischer PSM verbessert sowie Hemmnisse für deren Anwendung abgebaut werden.

Das vorliegende Dokument erfasst und analysiert die Ergebnisse einer Befragung zum Integrierten Pflanzenschutz (IPS) unter relevanten Stakeholdern innerhalb der NAP-AG IPS. Im Mittelpunkt stehen dabei die Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und mögliche Anreize für eine erfolgreiche Umsetzung des IPS in der landwirtschaftlichen Praxis. Durch die systematische Analyse der über 300 ausgewerteten Aussagen werden die komplexen Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern deutlich - von der betrieblichen Ebene über Forschung und Beratung bis hin zu den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Diese ganzheitliche Betrachtung ermöglicht es, konkrete und praxisnahe Handlungsempfehlungen abzuleiten. Dabei zeigt sich besonders, dass die Stärkung des Integrierten Pflanzenschutzes eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt, bei der die Kosten nicht allein von den landwirtschaftlichen Betrieben getragen werden können. Das Dokument schafft damit eine fundierte Entscheidungshilfe für die weitere politische und praktische Ausgestaltung des IPS und zeigt gangbare Wege für dessen Weiterentwicklung auf.

Befragung zum Status Quo - Wo hakt es?

Im Rahmen der Befragung zum Status Quo wurden die relevanten Stakeholder um ihre Einschätzung zu den für die Stärkung der IPS-relevanten Faktoren gebeten. Die Fragen richteten sich vor allem an die Anbauverbände sowie Pflanzenschutzdienste und wurden innerhalb der AG IPS geteilt und verteilt. Ziel war es, die fördernden und hemmenden Faktoren für die Umsetzung der Prinzipien des IPS im Allgemeinen und in Bezug auf die Anwendung nicht-chemischer Verfahren in der landwirtschaftlichen Praxis zu ermitteln. Darüber hinaus wurde nach geeigneten Anreizen und Rahmenbedingungen gefragt (konkrete Fragen siehe Anhang). Insgesamt haben 14 von 47 AG-Mitgliedern fachliche Informationen und/oder Einschätzungen geliefert (siehe Anhang). Über 300 Aussagen wurden ausgewertet, indem Einschätzungen entsprechenden Kategorien und jeweiligen Unterkategorien zugeordnet wurden. Die Ergebnisse spiegeln in erster Linie die Perspektive der teilnehmenden Institutionen wider. Dennoch entsprechen die Einschätzungen weitgehend den allgemein bekannten Herausforderungen und Hindernissen des IPS.



Die Analyse der Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und Anreize für den IPS offenbart ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Faktoren, die sich in acht zentrale Kategorien einteilen lassen (siehe Grafik). Aufgrund der engen Verzahnung der Kategorien „Anwendungen“ und „landwirtschaftliche Betriebe“ sind diese beiden in der folgenden Auflistung zu einer

Kategorie zusammengefasst worden. Gleichzeitig zeigt dies auf, wie eng die verschiedenen Aspekte miteinander verwoben sind und sich gegenseitig beeinflussen.

1. Anwendungen und landwirtschaftliche Betriebe:

An erster Stelle steht die Anwendung integrierter Pflanzenschutzverfahren, bei der die Wirtschaftlichkeit eine Schlüsselrolle spielt. Die im Anhang III der EU-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG aufgeführten acht allgemeinen Grundsätze des IPS sind seit 2014 für alle Anwender von PSM verbindlich. Der erste Grundsatz enthält dabei vorbeugende Maßnahmen, die das Gelingen eines integrierten Ansatzes des IPS überhaupt erst ermöglichen. Hierzu gehören: ausreichend weite Fruchtfolge, auf Bodenschutz und -fruchtbarkeit optimierte Bodenbearbeitung, auf den integrierten Anbau ausgerichtete Sorten- und Pflanzgutauswahl, angepasstes Düngungsniveau, Hygienemaßnahmen im Anbau sowie die Schaffung eines angemessenen Strukturanteils innerhalb und/oder außerhalb der Anbau- oder Produktionsflächen.

Gerade bei der Implementierung der vorbeugenden Maßnahmen des ersten Grundsatzes des IPS sehen sich Landwirte jedoch oft mit hohen Betriebskosten konfrontiert und vermissen Anreize zur Umsetzung der Maßnahmen. Die ökonomischen Rahmenbedingungen spielen in Anbetracht der strukturell bedingt geringen Marktmacht eine entscheidende Rolle. Hohe Pachten, Personal- und Betriebskosten und die Notwendigkeit, beispielsweise betriebseigene Futtermittel zu erzeugen, schränken den Handlungsspielraum ein. Erfolgreiche Beispiele zeigen jedoch, dass Spezialisierung und die kluge Nutzung von Maschinenringen die Rentabilität verbessern können. Ein durchgängiges Problem stellt der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal dar, verschärft durch hohe Personalkosten. Daher sind dringend die Rahmenbedingungen für finanzielle Anreize bzw. adäquate Ausgleichs für finanzielle Einbußen zu schaffen.

Der Aspekt der Wirtschaftlichkeit wurde als wesentliches Hemmnis für den Einsatz von alternativen Pflanzenschutzmaßnahmen beschrieben. Eine Ursache hierfür liegt in der Komplexität der Verfahren selbst. Sie erfordern nicht nur fundiertes Fachwissen, sondern auch umfangreiche praktische Erfahrung sowie Fachpersonal. Der damit verbundene Zeit- und Personalaufwand, besonders für die Einhaltung optimaler Behandlungszeiträume, stellt viele Betriebe vor logistische und auch finanzielle Herausforderungen. Hinzu kommt der stetig wachsende Druck durch Schaderreger, die sich nicht nur anpassen, sondern auch durch neue, invasive Arten ergänzt werden.

Weiterhin wird angeführt, dass für viele Anwendungsfälle und einige Kulturen keine praxistauglichen nicht-chemischen Verfahren zur Verfügung stehen. Wo es sie gibt, zeigen sie in konventionellen Systemen oft eine geringere oder weniger verlässliche Wirksamkeit als herkömmliche Methoden, wobei sich die Aussagen in der Umfrage auf kurative Pflanzenschutz-Alternativen beziehen. Unter den gegebenen Bedingungen erreichen zu

wenige Innovationen den Markt und setzen sich dort nicht durch. Gründe hierfür sind neben manch nachgewiesener Unpraktikabilität auch fehlende aussagekräftige Ergebnisse aus der angewandten Forschung, hohe Anschaffungs-, Unterhaltungs- und Einsatzkosten, fehlendes Fachpersonal für die technisch aufwendige Bedienung und Umsetzung spezieller Maßnahmen sowie angesichts steigender Produktionskosten ein unzureichendes Kosten-Nutzen-Verhältnis. Positiv zu vermerken sind jedoch Entwicklungen von Prognosemodellen und Entscheidungshilfen, die die Landwirte bei der Planung und Durchführung ihrer Pflanzenschutzmaßnahmen unterstützen.

Das Risiko von Ertrags- und Qualitätseinbußen wirkt abschreckend. Allerdings zeigen Erfahrungen auch, dass durch PSM-Einsparung und optimierte Wirksamkeit durchaus positive wirtschaftliche Effekte erzielt werden können. Die praktische Umsetzung wird jedoch durch verschiedene Faktoren erschwert: Umwelt- und Standortbedingungen setzen Grenzen durch fehlende allgemein anwendbare Verfahren, empfindliche Kulturen erfordern besondere Aufmerksamkeit, und oft fehlen verlässliche Schwellenwerte. Pflanzenschutzverfahren wie die mechanische Unkrautbekämpfung oder die biologische Schädlingsbekämpfung stellen dabei zunehmend variable Alternativen dar.

Die aktuell zunehmend prekäre Situation bei der Verfügbarkeit wirksamer Pflanzenschutzmittel führt zu Problemen bei der Absicherung, falls vorbeugende und nicht-chemische Verfahren nicht ausreichend wirksam sind. Im Ergebnis sorgt dies für eine Verunsicherung in der Praxis, die sich auch im Verhalten der Betriebe widerspiegelt: Während einige Betriebsleiter große Experimentierfreude und Offenheit für neue Methoden zeigen, sind andere zurückhaltender - u. a. gegenüber technischen Neuerungen. Positiv wirkt sich aus, wenn Betriebsleitungen ein gesteigertes Umweltbewusstsein zeigen und bereit sind, sich weiterzubilden. Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit sollten daher Bestandteil von Reduktionsprogrammen sein. Betriebsinterne Evaluierungen und die Vergleichbarkeit der Ergebnisse etwa mit durchschnittlichen betrieblichen Aufwandsmengen oder Aufwandsmengen von Referenzbetrieben können Anreize setzen, wie beispielsweise im POSEIDON Projekt oder der Kupferstrategie.

2. Beratung und Wissenstransfer:

Eng verknüpft mit den betrieblichen Herausforderungen ist der Bereich "Beratung und Wissenstransfer". Die aktuelle Situation ist hier von einem deutlichen Rückgang des Beratungsangebots geprägt, wobei besonders die dünne Personaldecke der Pflanzenschutzdienste Sorgen bereitet. Die unzureichende Beratung wird als Haupthemmnis in der Kategorie "Beratung und Wissenstransfer" angesehen. Der starke Einfluss von Handel und Industrie auf die Beratung wird von einigen Stakeholdern als kritisch angesehen. Als Gegenentwurf wird eine unabhängige, wissenschaftlich fundierte Beratung als Haupterfolgsfaktor angegeben, die durch praktische Versuchsreihen untermauert wird, wie beispielsweise eine Kombination von Biodiversitätsberatung mit Pflanzenschutzberatung oder Unterstützung zu nicht-chemischen Verfahren und biologischem Pflanzenschutz.

Besonders erfolgversprechend zeigt sich die Kombination aus fundierter Aus- und Weiterbildung mit praktischen Demonstrationen. Programme, die den agrarökologischen Aspekt des IPS betonen und Wissen über biologischen Pflanzenschutz vermitteln, stoßen auf großes Interesse und sollten zukünftig finanziell stark gefördert und weiter ausgebaut werden. Moderne Entscheidungshilfen könnten hier eine wichtige Brückenfunktion übernehmen, werden aber noch durch fehlendes Grundlagenwissen zu Schaderregern und Schwellenwerten ausgebremst. Demonstrationsbetriebe haben sich als wertvolle Multiplikatoren erwiesen - sie zeigen in der Praxis, was theoretisch möglich ist.

3. Forschung und Entwicklung:

In der Kategorie Forschung und Entwicklung offenbart sich ein weiteres Spannungsfeld: Einerseits werden die Mittel für angewandte Forschung gekürzt, wodurch wichtige Wissenslücken zu Schaderregern und Umwelteffekten bestehen bleiben. Andererseits können über Bundesforschungsprogramme und durch den wachsenden Innovationsdruck (z.B. Wegfall klassischer Wirkstoffe) neue Wege aufgezeigt werden. Dies gilt nicht ausnahmslos. Besonders bei der Entwicklung von Alternativen für kleine Kulturen erschweren hohe Entwicklungskosten und unsichere Wirtschaftlichkeit den Fortschritt. Die Pflanzenzüchtung steht vor ähnlichen Herausforderungen, wobei neue Züchtungsmethoden partiell hoffnungsvolle Perspektiven eröffnen. Um sich innovativen globalen Entwicklungen in den Bereichen Züchtung (NGT) und Pflanzenschutz (RNAi Sprays) nicht bereits im Vorfeld zu verschließen, sollte im Bereich Forschung und Entwicklung eine größere Technologieoffenheit bestehen. Als wesentliche Erfolgsfaktoren zur Überwindung dieser Hemmnisse wurden eine bessere Anwendungsforschung mit darauf aufbauenden Beratungsangeboten, bessere Verfügbarkeit von wirksamen Alternativen und kleinräumigere Prognosemodelle identifiziert.

4. Technik und Digitalisierung:

Die Digitalisierung und technische Entwicklung bieten große Chancen, stellen die Betriebe aber auch vor erhebliche Herausforderungen. Mangelnde digitale Infrastruktur einschließlich des mangelnden Netzausbaus und Fragen der Datensicherheit bremsen die Entwicklung. Dabei zeigen KI-gestützte Entscheidungshilfen und sensorgestützte Monitoring-Systeme bereits heute ihr großes Potenzial für den IPS. Zudem stellen die hohen Investitionskosten für Spezialgeräte ein Problem für viele Betriebe dar, auch wenn Förderungen und gezielte Spezialisierung hier Abhilfe schaffen können. Als wichtigster Erfolgsfaktor wurde die Anpassung gesetzlicher Regelungen genannt, beispielsweise beim Einsatz von Drohnen, um die praktische Nutzung dieser Technologien zu erleichtern.

5. Handel und Verbraucher:

Eine besondere Rolle spielt die Schnittstelle zum Handel und zu den Verbrauchern. Die fehlende Akzeptanz des Handels durch strenge Handelsklassen und hohe Anforderungen des Lebensmitteleinzelhandels setzen enge Grenzen und wurden in dieser Kategorie am häufigsten als Hemmnis genannt. Als Erfolgsfaktor wurde am häufigsten die Anerkennung genannt, beispielsweise durch Preisaufschläge für landwirtschaftliche Erzeugnisse beim Einsatz nicht-chemischer Verfahren. Innovative Ansätze wie die Vermarktung von Produkten mit kleinen optischen Mängeln oder die steigende Akzeptanz neuer, widerstandsfähiger Sorten können in einigen Kulturen Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Ein Kernproblem bleibt die mangelnde Bereitschaft zu Preisaufschlägen für nachhaltig erzeugte Produkte, wobei spezielle Vermarktungsinitiativen und klare Label-Standards erste Erfolge zeigen.

6. Gesetzlicher Rahmen und Förderrecht:

Der verstärkte Einsatz von nicht-chemischen Pflanzenschutzmaßnahmen wird vom gesetzlichen Rahmen und Förderrecht eingefasst. Während finanzielle Förderungen und Anreize für extensive Bewirtschaftung und nicht-chemische Verfahren positiv wirken, erschwert die wachsende Bürokratie bei Dokumentation und Förderanträgen die praktische Umsetzung. Die Regelungen schwanken zwischen zu wenig konkreten Vorgaben und zu pauschalen Vorschriften, was die Planungssicherheit erschwert. Besonders die langen Bearbeitungszeiten und unklaren Anforderungen bei der Zulassung von nicht-chemischen Wirkstoffen und neuen Anwendungstechniken bremsen Innovationen aus. Eine stärkere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten bei gleichzeitiger Verschlinkung der Zulassungsverfahren könnte hier wichtige Impulse setzen.

7. Gesellschaft:

Die gesellschaftliche Dimension des IPS zeigt sich als vielschichtig. Als grundlegende Herausforderung wird die mangelnde Wertschätzung der Landwirtschaft in Teilen der Bevölkerung wahrgenommen. Dies wird noch verstärkt durch fehlendes Wissen innerhalb der Bevölkerung zu landwirtschaftlichen Produktionsmethoden und Prinzipien des IPS. Gleichzeitig erzeugen gesellschaftliche und politische Anforderungen einen wachsenden Handlungsdruck auf die Landwirtschaft. Diese zunächst als Hemmnis wahrgenommene Entwicklung birgt jedoch auch Chancen: Der steigende Veränderungsdruck kann als Katalysator für einen Neustart des IPS wirken und die Entwicklung eines ganzheitlichen Systemansatzes fördern. Zentral sind dabei die gezielte Information und Aufklärung der Bevölkerung über die Notwendigkeit und die Methoden des Pflanzenschutzes. Die verstärkte Zusammenarbeit aller Stakeholder bei der Entwicklung gemeinsamer Lösungen zeigt sich bereits jetzt als vielversprechender Weg, um die gesellschaftliche Akzeptanz zu erhöhen und tragfähige Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Für den langfristigen Erfolg dieser Transformation wird es entscheidend darauf ankommen, dass die Gesellschaft bereit ist, die damit verbundenen Kosten mitzutragen - sei es durch höhere Produktpreise oder durch die Unterstützung entsprechender Förderprogramme.

Fazit und Lösungsempfehlungen aus der Umfrage - Was ist nötig?

Diese vielschichtigen Zusammenhänge verdeutlichen, dass die erfolgreiche Weiterentwicklung des Integrierten Pflanzenschutzes nur gelingen kann, wenn alle Akteure zusammenarbeiten und die verschiedenen Aspekte in einem ganzheitlichen Ansatz berücksichtigt werden. Dabei gilt es, die identifizierten Hemmnisse gezielt anzugehen und gleichzeitig die vorhandenen Chancen und positiven Ansätze weiterzuentwickeln.

Die Befragung hat gezeigt, dass die erfolgreiche Implementierung des Integrierten Pflanzenschutzes von vielen ineinandergreifenden Faktoren abhängt. Besonders deutlich wurde dabei, dass neben technischen und wissenschaftlichen Herausforderungen vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Wissenstransfer entscheidend für den Erfolg sind.

Die wichtigsten auf der Umfrage aufbauenden Ableitungen und Empfehlungen:

- **Einführung von Finanzierungsinstrumenten (Vorab Prüfung):** Das Konzept des IPS benötigt für eine noch umfänglichere Umsetzung eine deutliche Stärkung. Die rechtlichen und förderpolitischen Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet werden, dass finanzielle Anreize gezielt dort gesetzt werden, wo über die verpflichtende gute fachliche Praxis hinausgehende Maßnahmen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit ergriffen werden. Nur wenn diese Mehrleistungen honoriert und finanzielle Einbußen ausgeglichen werden, kann der Integrierte Pflanzenschutz wirksam gestärkt werden. Vor diesem Hintergrund sind geeignete Finanzierungskonzepte zu prüfen und in die Umsetzung zu bringen.
- **Unterstützung von Vorreitern und beim Ausprobieren:** Landwirte, die mithilfe, neue Verfahren in der Produktion einzuführen bzw. zu testen, benötigen die Möglichkeit der Absicherung von dadurch entstehenden, finanziellen Risiken (z. B. Experimentier-/Innovationsprämie). Demonstrationsbetriebe werden als Multiplikatoren in Bezug auf den Wissenstransfer bei der Einführung von neuen Verfahren dringend benötigt.
- **Fortschritt bewerten:** Erfahrungen sowie Monitoring-Daten sollten besser genutzt werden können, um Fortschritte zu bemessen und Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Dafür braucht es eine bessere Datengrundlage u.a. zum Zustand der Biodiversität in der Landwirtschaft und zu Pflanzenschutzmaßnahmen sowie deren Auswirkungen auf die Umwelt und die Biodiversität.

- **Forschung ermöglichen:** Die höhere Komplexität der Verfahren des IPS benötigt einen Ausbau der Beratungs- und Forschungskapazitäten. Prognosemodelle und Entscheidungshilfen, die die Landwirte bei der Planung und Durchführung des IPS unterstützen, sind wichtig und ihre Entwicklung bzw. Weiterentwicklung ist weiter auszubauen. Die Bereiche Forschung, Entwicklung und Züchtung müssen im Hinblick auf die Verfahren des IPS gestärkt werden.
- **Weiterentwicklung von Aus- und Weiterbildungen:** Das Umweltbewusstsein sowie die Maßnahmen zur Vereinbarkeit und Stärkung mit dem Biodiversitätsschutz in der Ausbildung müssen gestärkt werden. Insbesondere biologische PSM sind vom systemischen Ansatz her für eine vorbeugende Anwendung gedacht. Dies unterscheidet sich deutlich vom gängigen kurativen Ansatz und muss daher in der Praxis stärker als bisher vermittelt werden.
- **Beratung:** Eine unabhängige, wissenschaftlich fundierte Beratung, die durch praktische Versuchsreihen untermauert wird, ist weiter aufzubauen. Die Pflanzenschutzdienste sind dabei zu stärken.
- **Technologien weiterentwickeln und effizient nutzen:** Die Digitalisierung und technische Entwicklungen bieten Chancen auch in der Stärkung des IPS, besonders im Hinblick auf moderne Applikationstechnik und Recyclingtechnik. Ihre Entwicklung und Einführung müssen entsprechend gefördert werden. Die Notwendigkeit der Nutzung von Spezialmaschinen schränkt die Umstellung in der Praxis teilweise ein, daher ist die Bedeutung von Maschinenringen und Lohunternehmen neu einzuschätzen.
- **Vermarktung:** Die Vermarktung von nachhaltig erzeugten Produkten braucht Innovationen in der Verbraucherkommunikation und den Vermarktungsstrategien des Handels (z. B. Tolerierung von Schönheitsmängeln, Akzeptanz resistenter Sorten, Label).
- **Zulassung biologischer Wirkstoffe:** Zum einen bremsen gesetzliche Regelungen, das Förderrecht und wachsende Bürokratie aktuell Innovationen zum IPS aus, z.B. in der Zulassung nicht-chemischer Wirkstoffe. Zum anderen werden oft biologische PSM mit Grundstoffen, Pflanzenstärkungsmitteln und Bodenhilfsstoffen in einen Topf geworfen. Daraus resultierend kommt es zu Missverständnissen über die Wirksamkeit der biologischen PSM. Dies führt bei Landwirten zu Irritationen. Dafür fallen hochpotente Wirkstoffe u.a. aufgrund ihrer Wirkungen auf Umwelt und Gesundheit aus dem Baukasten des Antiresistenz-Managements, insbesondere in Dauerkulturen. Diese Hemmnisse müssen abgebaut werden. Helfen könnten hier Fast-track-Verfahren, finanzielle Unterstützung bei der Dossier-Erstellung oder ein intensiverer Austausch zwischen Behörden und Herstellern.

Schlusswort

Die Weiterentwicklung des IPS benötigt die Zusammenarbeit aller Akteure in einem ganzheitlichen Ansatz. Die Mitglieder des NAP arbeiten zu diesem Ziel zusammen. Die vorliegende Analyse zeigt, dass bereits viele praktikable Ansätze und Lösungen existieren. Die Transformation hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - die Kosten für die Umstellung auf integrierte Pflanzenschutzverfahren dürfen nicht allein den landwirtschaftlichen Betrieben aufgebürdet werden. Mit der richtigen Unterstützung durch Politik, Handel und Verbraucher sowie dem erkennbaren Engagement aller Beteiligten sind die nächsten Schritte zur Stärkung des integrierten Pflanzenschutzes machbar. Die identifizierten Handlungsfelder bieten dafür eine solide Grundlage.

- *Anhang: Präsentation zu den Ergebnissen der Stakeholder-Befragung*



Abfrage "Informationen zu Hemmnissen, Erfolgsfaktoren und Anreizen für die Umsetzung des IPS"

NAP-Arbeitsgruppe „Integrierter Pflanzenschutz“ im Forum NAP



AG-interne Abfrage im Dezember/Januar 2024:

Bitte um Zulieferung von **Fachinformationen und Einschätzungen** zu folgenden Fragen:

1. Welche Faktoren begünstigen die Umsetzung der Grundsätze des Integrierten Pflanzenschutzes allgemein und hinsichtlich der Verwendung nicht-chemischer Verfahren in der landwirtschaftlichen Praxis? (**Gunstfaktoren**)
2. Welche Rahmenbedingungen führen dazu, dass der integrierte Pflanzenschutz – und insbesondere verfügbare nicht-chemische Verfahren – in der Praxis nicht oder nur eingeschränkt umgesetzt wird? (**Hemmnisse**)
3. Welche Anreize sind geeignet die Landwirtinnen und Landwirte bei der Umsetzung der Grundsätze des Integrierten Pflanzenschutzes allgemein und hinsichtlich der Verwendung nicht-chemischer Verfahren zu unterstützen? (**Anreize**)
4. Welche sozio-ökonomischen und/oder regulatorischen Rahmenbedingungen fördern oder hemmen die Einführung neuer Technologien und Innovationen im Pflanzenschutz? (**Rahmenbedingungen**)

Rücklauf

Insgesamt 14 von 47 AG-Mitgliedern übermittelten Fachinformationen und/oder Einschätzungen.
Die Rückmeldungen erfolgten von:

- Bundesbehörden (BVL, BLE/IBV),
- Pflanzenschutzdiensten (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen) und
- Verbänden (DBV, DBVW, DLG/FH Südwestfalen, DWV, FG Obstbau, IBMA, IVA, UNIKA)

Fachinformation: 31 Quellen erfasst (Fachartikel, Studien, Projekte, Stellungnahmen, Leitlinien etc.)

Einschätzungen: 13 Zulieferungen, davon 10 aufgeschlüsselt nach Fragen
→ allgemein, Ackerbau, Kartoffel, Obstbau, Weinbau, i. T. Gemüse und Zierpflanzen

3

Auswertung

Herausforderung: Diversität der Zulieferungen (z. B. in Form und Informationstiefe)

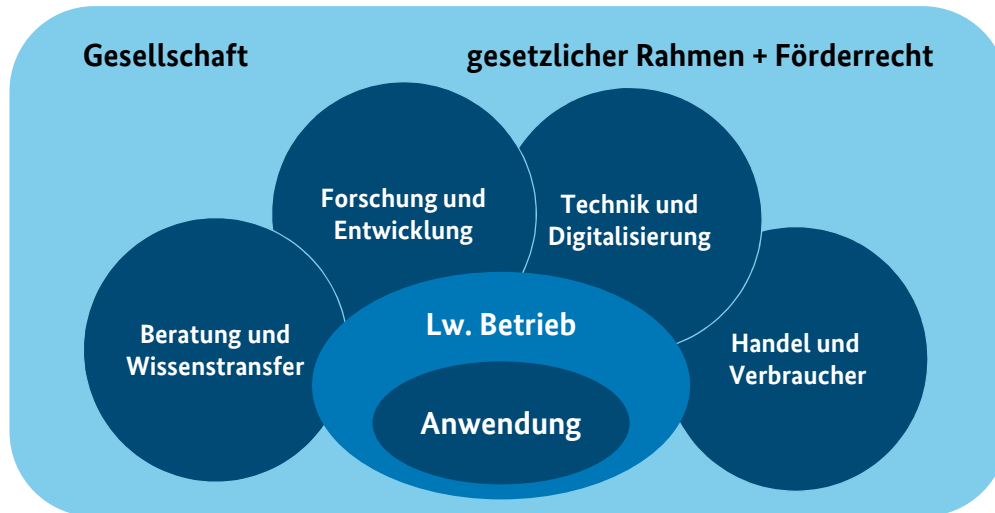
→ Beschränkung auf Zusammenfassung der Einschätzungen und Herausarbeiten von Schwerpunkten bei den genannten Hemmnissen und Gunstfaktoren (inkl. Anreize) bei der Umsetzung des IPS

Vorgehen:

- Auswertung erfolgt in Zusammenarbeit von UBA und Geschäftsstelle NAP
- Tabellarische Aufschlüsselung in Aussagen
→ insgesamt 317 Aussagen erfasst (5 – 64 je Zulieferung)
- Zuordnung, ob die Aussagen Hemmnisse oder Gunstfaktoren (inkl. Anreize) ansprechen
- Einordnung in themenbezogene Kategorien

4

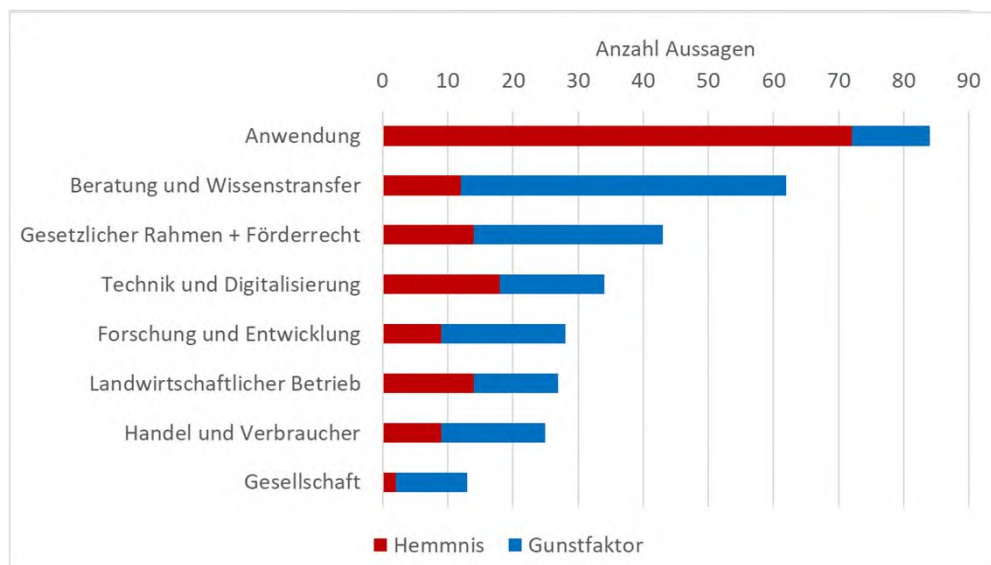
Übersicht Kategorien



2. Sitzung der AG IPS am 21. März 2024

5

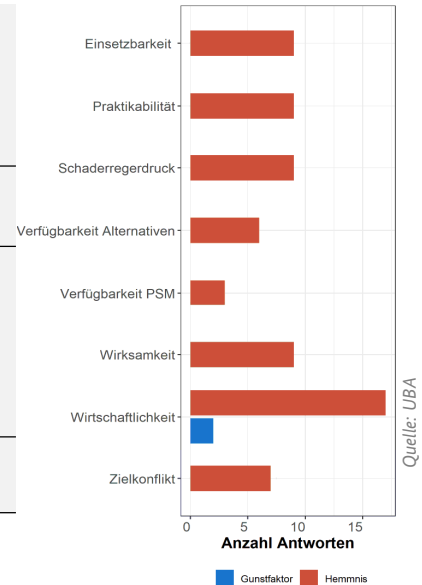
Auswertung Kategorien



6

Kategorie: Anwendung integrierter PS-Verfahren (Teil 1)

Wirtschaftlichkeit	- Hohe Betriebskosten; fehlende Anreize zum freiwilligen PSM-Verzicht; Risiko Ertragseinbußen / Qualitätseinbußen + Betriebswirtschaftlicher Gewinn durch PSM-Einsparung und optimierte Wirksamkeit
Einsetzbarkeit	- Grenzen durch Umwelt- und Standortbedingungen; empfindl. Kulturen; unbekannte Schwellenwerte
Praktikabilität	- Komplexität (Benötigt Wissensstand und Erfahrung); Aufwand + Zeit: Fachkraft u. optimaler Behandlungszeitraum + Bewusstmachen komplexer Zusammenhänge; Mechanische Beikrautregulierung als freiwillige Maßnahme
Wirksamkeit	- Geringere Wirksamkeit oder Effizienz, heterogene Wirkung



Kategorie: Anwendung integrierter PS-Verfahren (Teil 2)

Zielkonflikte	- Klimaschutz, Naturschutz, Bodenschutz; Umsetzung verschiedener gesetzl. Rahmenbedingungen
Verfügbarkeit Alternativen	- Fehlen praxistauglicher nicht-chemischer Verfahren für viele Indikationen + Gefüllte Tool-Box
Verfügbarkeit PSM	- Wirkstoffverluste; fehlende Verfügbarkeit wirksamer chemischer PSM + Ressourcen für AK/BLAG Lück erhalten; mehr Low-Risk-Produkte
Schaderregerdruck	- vielfältiger/hocher Schaderregerdruck; Anpassungsfähigkeit Schaderreger; neue, invasive Schaderreger

Kategorie: Landwirtschaftlicher Betrieb

(Risiko-)Bereitschaft	- Mangelnde Risikobereitschaft; hoher Altersdurchschnitt; geringe Affinität zu technischen Neuerungen + Experimentierfreude; Risikobereitschaft; Bereitschaft zur Weiterbildung; Erhaltung der Entscheidungsfreiheit, gesteigerten Umweltbewusstsein bei Betriebsleitung
Ökonomie	- Fehlende Wirtschaftlichkeit von Alternativen, Hohe Pachtkosten, weitere ökonomische Zwänge (z. B. Notwendigkeit der innerbetrieblichen Erzeugung von Futtermitteln); fehlende Arbeitskapazitäten + Spezialisierung; Rentabilität Spezialtechnik; Auslastung Geräte (Maschinenring; Lohnunternehmen)
Fachpersonal	- Mangel verfügbares qualifiziertes Fachpersonal, Personalkosten

9

Kategorie: Beratung und Wissenstransfer (Teil 1)

Beratung	- Angebot nicht ausreichend bzw. abnehmend; zu geringe Personalausstattung PSD; Einfluss Handel und Industrie + unabhängige, personell gut ausgestattete, wissenschaftlich fundierte Beratung (inkl. Versuchswesen), Ausbau der Angebote (regional, betriebsindividuell), Unterstützung zu nicht-chem. Verfahren, biolog. PS, Risikoreduktion;
Aus- und Weiterbildung	+ gute, fundierte Ausbildung, regelmäßige Fortbildung, dabei Vertiefung von Kenntnissen u.a. zu „agrärökologischem“ IPS, biologischem PS, Biologie Schadorganismen, Befallseinschätzung/Schadsschwellen, Risikoindikatoren
Entscheidungshilfen	- Fehlende Kenntnisse zu Schaderregern + Schwellenwerten; Einsatzmöglichkeit abhängig von AWG und verfügbaren PSM + Verfügbarkeit unabhängiger, anwenderfreundliche und aktuelle Prognose- und Entscheidungshilfesysteme (inkl. Schadsschwellen, BRW); kleinräumige Prognosemodelle/Wettermessnetz; Training; Diagnoselabore

10

Kategorie: Beratung und Wissenstransfer (Teil 2)

Demonstrationsbetriebe	+ Betriebe als Multiplikatoren; Demonstration von Best-Practice Beispielen; Aufbau langfristiger Netzwerke; engere Zusammenarbeit von angewandter Forschung und Praxis; Umstellung von Staatsbetrieben
Wissenstransfer	- Unzureichende Begleitung der Einführung neuer Verfahren; Wissen kommt nicht in Praxis an, fehlende Innovationsbereitschaft mangels Information + Anregung zum Austausch; kooperative Initiativen wie z.B. Referenzbetriebe und Anwendernetzwerk; Infoveranstaltung/Felddtage auf Praxisbetrieben, regionale Versuchsfelder; Zugang zu Informationen verbessern: Leitlinien aktualisieren

11

Kategorie: Forschung und Entwicklung (F+E)

Angewandte Forschung	- Zurückfahren der angewandten Forschung; Wissenslücken zu Schaderregern, zu positiven Umwelteffekten + Praxisorientierte regionale Anwendungsforschung in Bund und Ländern; Forschungsbedarf: Wirksamkeit/Wirtschaftlichkeit von Alternativen, Weiterentwicklung Prognosemodelle; regionale Untersuchungen der Auswirkungen der LW auf Umweltkompartimente
Entwicklung von Alternativen	- kapitalschwache KMUs; unzureichende Wirtschaftlichkeit und hohe Entwicklungskosten; kleine Kulturen: Investition in F+E lohnen sich nicht + Bundesforschungsprogramme zur Förderung alternativer Verfahren; hoher Innovationsdruck durch Wegfall von Wirkstoffen; Entwicklung/ Zulassung von wirksamen Alternativen zu chem-syn. PSM, Marktzugang von nicht-chem. PSM verbessern
Züchtung	- Fehlende Resistenzzüchtung bei vielen Gartenbaukulturen + neue Züchtungsmethoden
F+E allgemein	+ Offenheit für neue Technologie; Erarbeitung einer Übersicht fehlender Verfahren je Kultur; vorhandenes Wissen/Daten publizieren

12

Kategorie: Technik und Digitalisierung

Digitalisierung + KI	- Geringe Digitalisierung, mangelnder Ausbau Mobilfunknetz, Datensicherheit/-hoheit, Kompatibilität von Systemen, (freie) Verfügbarkeit Datenmaterial (z. B. GIS-Daten) + Potential für IPS: Weiterentwicklung von Prognose/computergestützter Entscheidungshilfen, Einsatz von KI zu Entscheidungsfindung, sensorgestützte Systeme zum Monitoring (Unkräuter, Sporen) → Teilflächenbehandlung
Wirtschaftlichkeit	- Hohe Investitionskosten für neue Technik bzw. für Spezialgeräte für nicht-chem. Verfahren + Investitionsförderung, Spezialisierung
Verfügbarkeit Technik	- Fehlende techn. Lösungen/Innovationen; begrenzte Einsatzmöglichkeit je nach Standortbedingungen + Förderung der Entwicklung von PSM-sparender Technik
Vorschriften	- Vorgaben zu restriktiv bzw. berücksichtigen techn. Entwicklungen (noch) nicht + Gesetzgebung liberalisieren, Vorschriften/Regelungen schneller anpassen und vereinfachen
Aus- und Weiterbildung	+ Weiterbildung zu techn. Neuentwicklungen, Digitalkompetenz in Ausbildung forcieren

13

Kategorie: Handel und Verbraucher

Absatzmärkte	- Handelsklassen; Anforderungen des LEH (u. a. bei PSM-Rückständen); Vorgaben zu Sorten; Lieferzusagen bei Vertragsanbau; + Vermarktbarkeit von Produkten mit Mängeln; Steigerung Akzeptanz neuer Sorten (z. B. PIWI); Ausfallversicherung; Absatzwege für Produkte aus erweiterter Fruchtfolge schaffen;
Honorierung	- Fehlende Honorierung, Fehlende Bereitschaft bei Handel und Verbraucher für Preisaufschläge + Wertschätzung bzw. Entlohnung Mehraufwand über Preis; Vermarktungsinitiativen (z. B. Kraichgau Korn), Label mit klaren Standards (z. B. IP-Suisse); andere Absatzwege nutzen;

14

Kategorie: gesetzlicher Rahmen + Förderrecht

Förderung und Anreize	+ finanzielle Förderung/Anreize, Wettbewerbsfähigkeit erhalten, Nachteilsausgleich für Mehrkosten und Ertragsverluste; Förderung z. B. von extensiver Bewirtschaftung, einzelner nicht-chem. Verfahren, biologischem PS, Investitionen; Monitoring und Evaluierung der Maßnahmen
Bürokratie	- Zunehmende Bürokratie z. B. bei Dokumentation, Beantragung Förderung + vereinfachte Dokumentation; unbürokratische Förderung
Vorgaben	- Zu wenig konkrete Regelungen und Kontrollen; Regelungsbedarf für den Einsatz „neuer“ Nützlinge; pauschale, praxisferne Vorschriften + Gesetzliche Anforderungen; landesspezifische Vorgaben; Heterogenität der Anbaubereiche berücksichtigen
Zulassung	- Lange Bearbeitungszeiten, unklare/fehlende Datenanforderungen für nicht-chem. Wirkstoffen bzw. Innovationen wie RNAi

15

Kategorie: Gesellschaft

- Mangelnde Wertschätzung der LW
 - Gesellschaftlicher + politischer Druck
 - Fehlendes (aktuelles) Wissen zum IPS/zur landw. Produktion in Bevölkerung
-
- + Information/Aufklärung zum PS
 - + Gesellschaftlicher + politischer Druck
 - + Neustart IPS, neues Leitbild → ganzheitlicher Systemansatz
 - + Zusammenarbeit Stakeholder für Entwicklung gemeinsamer Lösungen

16

Anlage 2

Übersicht der AG-Mitglieder, die Anmerkungen zum Arbeitspapier haben

Die nachfolgenden AG-Mitglieder haben im Zuge der AG-internen Abstimmung im Februar/März 2025 mitgeteilt, dass sie das UAG-Arbeitspapier im Grundsatz mitgetragen, jedoch Anmerkungen zu bestimmten Punkten haben:

- Deutscher Bund der verbandlichen Wasserwirtschaft (DBVW),
- Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW),
- Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat (HMLU) und
- Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML NI).

Die Anmerkungen des DBVW, des DVGW und des ML NI sind nachfolgend beigefügt:

Anmerkungen des Deutschen Bunds der verbandlichen Wasserwirtschaft (DBVW) vom 26.02.2025

(...) der Deutsche Bund der verbandlichen Wasserwirtschaft (DBVW) kann das Arbeitspapier mittragen. Wir geben allerdings folgendes zu Bedenken:

- das BMEL betont nicht nur die Stärkung eines nachhaltigeren Pflanzenschutzes (z.B. in Form von IPS), sondern stellt mit der Bio-Strategie 2030 insbesondere auch die Stärkung des Ökolandbaus in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten. Aus Sicht der Wasserversorger ist die Ausweitung des Ökolandbaus in den Trinkwassereinzugsgebieten eine wirksame Strategie PSM-Einträge in das Grundwasser zu reduzieren
- es sollte überprüft werden, inwieweit weitere im Ökolandbau etablierte und bewährte Verfahren und Techniken des Pflanzenschutzes in den IPS übernommen werden könnten
- wir weisen darauf hin, dass von Seiten der Wasserversorger in der NAP AG Risikoreduzierung Umwelt die Prüfung und ggf. Anpassung der Förderinstrumente u.a. für den integrierten Anbau in Trinkwassereinzugsgebieten empfohlen wird

Anmerkungen des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) vom 05.03.2025

(...) Seitens DVGW stimmen wir dem Arbeitspapier grundsätzlich zu und möchten noch folgende Hinweise für die weitere Bearbeitung geben:

- Direkt im ersten Absatz heißt es das die Stärkung des IPS im Mittelpunkt der Bemühungen der Bundesregierung steht, die Landwirtschaft „nachhaltiger, ökologischer und zukunftsfähiger zu gestalten“. Das ist u.E. nicht richtig, denn Bundesregierung und BMEL stellen ja mit der Bio-Strategie 2030 auch die Stärkung des Ökolandbaus in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten. Darauf sollte man hinweisen.
- Dann wird – nicht in diesem Papier, aber an anderen Stellen – oft davon gesprochen, das konventionelle und ökologische Landwirtschaft voneinander lernen und enger verzahnt werden sollen. Daher sollte bei den Lösungsempfehlungen auch die Übernahme von im Ökolandbau etablierten und bewährten Verfahren und Techniken des Pflanzenschutzes in den IPS geprüft werden.

Außerdem möchten wir auf Synergien zu dem in der AG Risikoreduzierung Umwelt aktuell diskutierten Empfehlungsvorschlag der UAG Trinkwasser hinweisen, denn auch dort empfehlen wir die Prüfung und ggf. Anpassung der Förderinstrumente u.a. für die Umsetzung des IPS in Trinkwassereinzugsgebieten.

Anmerkungen des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (ML NI) vom 04.03.2025

(...) hiermit teilen wir Ihnen mit, dass im Grundsatz Konsens zu dem Arbeitspapier der AG IPS besteht. Bezugnehmend auf den Abschnitt zu den NGT ist uns wichtig zu betonen, dass sich die Aussagen nur auf den Bereich Forschung und Entwicklung beziehen können. U. E. müssen die bestehenden Gentechnikregeln zukünftig für alle Pflanzen, auch für die aus neuen genomischen Verfahren hervorgegangenen gelten, um auch für diese Pflanzen eine hinreichende Regulierung, Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit sicherzustellen.

Anlage 3: Stellungnahmen von AG-Mitgliedern, die das Arbeitspapier im Grundsatz oder in Teilen nicht mittragen können. (BÖLW, Bioland, Umweltverbände)

Stellungnahme des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft e.V. (BÖLW) vom 28.02.2025 zum Arbeitspapier „Integrierter Pflanzenschutz: Status und Perspektiven“ der NAP-UAG „Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und Anreize“

Nach sorgfältiger Prüfung müssen wir sowohl die Vorbemerkung zur Unterstützung des Arbeitspapiers als auch das Papier selbst aufgrund teils widersprüchlicher und gravierender inhaltlicher Mängel und aus grundsätzlichen Gründen ablehnen.

Zunächst eine Bemerkung zur angedachten Intention des Papiers: In der NAP-AG „Integrierter Pflanzenschutz“ haben der BÖLW und andere Mitglieder kritisiert, dass das Arbeitspapier als Handlungsempfehlung an das NAP-Forum geleitet werden soll, ohne dass es sich auf eine fundierte und verpflichtende Basis in Form der novellierten Guten Fachlichen Praxis (GfP) oder auf die fertigen (kulturspezifischen) IPS-Leitlinien stützen könnte. Man einigte sich, das Papier solle nur noch als „Informationspapier“ bzw. „Status Quo der Diskussionen der UAG“ in das NAP-Forum gereicht werden. Die Beschreibung des Papiers als „fundierte Entscheidungshilfe für die weitere politische und praktische Ausgestaltung des IPS“ widerspricht der Bezeichnung, die vereinbart wurde. Ebenso zeigt das Dokument keine „praktische Ausgestaltung des IPS“ und zeigt nicht „gangbare Wege für dessen Weiterentwicklung auf“. Diese Beschreibungen lehnen wir daher ab.

Auch inhaltlich sehen wir deutlichen Überarbeitungsbedarf am Arbeitspapier. Hier einige der wichtigsten Kritikpunkte:

1. Aufforderung zum Verstoß gegen geltendes EU-Recht und Nicht-Förderbarkeit von IPS

Das Arbeitspapier stellt richtigerweise fest, dass seit 2014 die allgemeinen Grundsätze des IPS, gemäß der EU-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG (SUD), für alle PSM-Anwender verpflichtend sind. Das Argument, dass IPS-Maßnahmen aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und durch fehlende Anreize nicht umgesetzt werden können, ist in unseren nicht tragfähig. Ökologische Betriebe setzen diese Vorgaben aus Prinzip um und sind wirtschaftlich. Integrierter Pflanzenschutz ist laut EU-Vorgaben verpflichtend und ist daher in unseren Augen kein förderfähiges Anbaumodell. Außerdem kritisieren wir, dass das Papier mit der Formulierung „Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit sollten [...] Bestandteil von Reduktionsprogrammen sein“ die Empfehlung ausspricht, weiterhin, und zwar eigenverantwortlich, gegen geltendes EU-Recht zu verstoßen. In Deutschland mangelt es nach wie vor an verbindlichen Vorgaben bei der konsequenten Umsetzung des IPS, von daher ist es ein fatales Signal an Landwirte hier an die Eigenverantwortung zu appellieren. Darüber hinaus irritiert das Wort „Reduktionsprogramm“ in dem Papier, welches von einigen Stakeholdern verwendet wird, um die ansich schon schwache Zukunftsvision des Zukunftsprogrammes Pflanzenschutz negativ zu framen. Dieses Framing widerspricht sich mit der Formulierung, dass durch „PSM-Einsparung und optimierte Wirksamkeit [...] positive wirtschaftliche Effekte erzielt werden können“.

2. Deklassierung von nicht-chemischen Pflanzenschutzmethoden

An mehreren Stellen versucht das Papier präventive und biologische Pflanzenschutzmaßnahmen als nicht oder nicht ausreichend wirksam zu deklassieren, z. B. stünden „für viele Anwendungsfälle und einige Kulturen keine praxistauglichen nicht-chemischen Verfahren zur Verfügung“ und sie würden in „konventionellen Systemen oft eine

geringere oder weniger verlässliche Wirksamkeit als herkömmliche Methoden“. Diese Beschreibung brandet alle nicht-chemischen Maßnahmen und damit einen gesamtheitlichen Pflanzenschutz-Ansatz als weniger effektiv. Nicht nur einzelne Maßnahmen machen den Ökolandbau zu einem erfolgreichen Anbaumodell, sondern die Gesamtheit der Maßnahmen, bevor ein ökologisches Pflanzenschutzmittel zum Einsatz kommt.

3. Der Wegfall von Wirkstoffen als unlogisches Hemmnis für die Umsetzung von IPS

Wir lehnen ebenso deutlich ab, die „prekäre Situation bei der Verfügbarkeit von wirksamen Pflanzenschutzmitteln“ als Hemmnis für die korrekte Anwendung von integriertem Pflanzenschutz aufzuführen. Hier wird deutlich, dass das Papier seine Grundintention auf eine besonders widersprüchliche Weise verfehlt und die Logik von integriertem Pflanzenschutz verdrehen will, um den Status-Quo beibehalten zu können. Im Umkehrschluss wird hier gesagt, dass der integrierte Pflanzenschutz besser umgesetzt werden kann, wenn mehr chemisch-synthetische Mittel zugelassen werden. Der Wegfall von Wirkstoffen hat öko- und humantoxikologische Gründe und könnte mit angepassten Risikominimierungsmaßnahmen, wie es für einige ökologische Wirkstoffe seit Jahren effektiv angewendet wird, ausgebremst werden.

4. Positives Framing von chemisch-synthetischem Pflanzenschutz

Über die Formulierungen „herkömmliche Methoden“ sind wir irritiert. Damit versucht das Papier einen Pflanzenschutz, der alleinig auf der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln basiert, zu legitimieren und dies verblümt als Normalzustand darzustellen. Ebenso irritiert die Formulierung, dass der wachsende Innovationsdruck mit dem „Wegfall klassischer Wirkstoffe“ gleichgesetzt wird und somit „neue Wege aufgezeigt“ werden. Dieser Satz sagt, dass erst durch den Wegfall chemisch-synthetischer Wirkstoffe andere Methoden infrage kommen. Der Folgesatz beschreibt dann, dass die Entwicklung von Alternativen zu teuer ist und legitimiert somit, dass die eigentliche Lösung in der Behandlung mit chemisch-synthetischen Wirkstoffen zu finden ist.

5. Empfehlung für unerforschte Risikotechnologien, sowie negatives Framing von herkömmlicher Züchtung

Wir kritisieren, dass das Papier versucht gentechnische Züchtungsverfahren gegenüber herkömmlicher Pflanzenzüchtung als zukunftsweisend zu beschreiben, obwohl die Langzeitfolgen auf die Gesundheit und unser Ökosystem immer noch nicht ausreichend erforscht sind. Dies trifft genauso auf RNAi-Sprays zu. GVO-Pflanzen besitzen nur monogenetische Resistenzen, die schnell durchbrochen werden und am Ende unsere Landwirte weiter weg von einer autonomen Bewirtschaftung und hin zu einer Abhängigkeit von zugekauften und schlimmstenfalls patentierten Pflanzgut treiben.

Wir lehnen somit ausdrücklich das Arbeitspapier selbst ab. Durch die oben genannten gravierenden inhaltlichen Mängel und Widersprüche des Papiers ist zu befürchten, dass die Teilnehmenden des Forum-NAP negativ beeinflusst werden und nicht-chemischer Pflanzenschutz bzw. Ökolandbau negativ geframt werden. Deshalb lehnen wir gleichwohl die Vorlage des Papiers im Forum-NAP ab.

Stellungnahme des Bioland e.V. zum Entwurf des *Arbeitspapiers der UAG „Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und Anreize“ der AG „Integrierter Pflanzenschutz“ im Forum NAP - „Integrierter Pflanzenschutz: Status und Perspektiven“ - Stakeholder-Befragung zum Integrierten Pflanzenschutz: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse (Stand 25.2.2025)*

Bioland trägt als Mitglied der AG IPS das Arbeitspapier inhaltlich als auch aus grundsätzlichen Erwägungen nicht mit. Wir schlagen vor, das Arbeitspapier dem NAP-Forum im März 2025 nicht vorzulegen.

Grundsätzliche Erwägungen:

Wie das Arbeitspapier selbst feststellt, gilt die EU-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG (Sustainable Use Directive – SUD) incl. der acht Grundsätze des Integrierten Pflanzenschutzes, die in Anhang III festgelegt sind, bereits seit 2014 als verbindlich für alle Anwender von Pflanzenschutzmitteln.

Dennoch steht die nationale Konkretisierung und Umsetzung dieser Vorgaben in Deutschland immer noch aus:

- Es fehlt die Konkretisierung der o.g. Anforderungen der SUD im nationalen Pflanzenschutzrecht (PSAnwendungsVO).
- Eine Anpassung der Guten fachlichen Praxis Pflanzenschutz (GfP) steht weiterhin aus. Die derzeit gültige Fassung wurde bereits am 30.10.2010 im Bundesanzeiger veröffentlicht und berücksichtigt die Anforderungen der SUD nicht. Der Versuch einer Novellierung in 2015 scheiterte.
- Die „Anforderungen für die Weiterentwicklung der kulturpflanzen- und sektorspezifischen Leitlinien des Integrierten Pflanzenschutzes (IPS-Leitlinien)“ liegen bislang nicht in einer finalen Version vor. Der wissenschaftliche Beirat hat die Entwurfsfassung bisher nicht kommentiert.
- Die kulturspezifischen IPS-Leitlinien wurden bislang nicht überarbeitet. Auch hier spielt der wissenschaftliche Beirat eine wichtige Rolle.

Damit fehlt nach wie vor eine klare und rechtlich verbindliche Definition der verpflichtenden Anforderungen, die sich aus der Umsetzung der SUD für die Anwender von Pflanzenschutzmitteln ergeben. Nach unserer Kenntnis ist diese unzureichende Umsetzung Gegenstand eines laufenden Gerichtsverfahrens.

An das Forum und nachgelagert an die Politik gerichtete Arbeitspapiere mit konkreten Empfehlungen zum Integrierten Pflanzenschutz sollten daher erst dann formuliert werden, wenn die oben genannten Prozesse abgeschlossen sind.

Im folgenden sind ausgewählte inhaltliche Kritikpunkte am Entwurf des Arbeitspapiers aufgeführt:

Falsches Verständnis von IPS und Verstoß gegen geltendes EU-Recht

Die Grundsätze des IPS gemäß der EU-Rahmenrichtlinie 2009/128/EG (SUD) sind für alle PSM-Anwender verpflichtend. Der erste Satz des Arbeitspapiers zu Punkt 1. lautet: „*An erster Stelle steht die Anwendung integrierter Pflanzenschutzverfahren, bei der die Wirtschaftlichkeit eine Schlüsselrolle spielt.*“ In der Folge wird an mehreren Stellen argumentiert, dass IPS-Maßnahmen aus Gründen der

(individuellen) Wirtschaftlichkeit nicht umgesetzt werden können. Diese Aussagen zeigen eine gravierende Fehlinterpretation sowohl der SUD als auch des deutschen Pflanzenschutzrechts. Das deutsche Pflanzenschutzgesetz schreibt in § 3 u.a. „vorbeugende Maßnahmen“ und die „Förderung natürlicher Mechanismen zur Bekämpfung von Schadorganismen“ vor.

In § 2 Begriffbestimmungen wird „integrierter Pflanzenschutz“ definiert als „eine Kombination von Verfahren, bei denen unter vorrangiger Berücksichtigung biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen die Anwendung chemischer Pflanzenschutzmittel auf das notwendige Maß beschränkt wird“.

Eine praxistaugliche Umsetzung dieser gesetzlichen Vorgaben ist in der Broschüre des Bundesinformationszentrums Landwirtschaft (BZL) „Feldhygiene“ beschrieben. Diese Maßnahmen werden jedoch in der Praxis nicht umgesetzt. Das vorgelegte Arbeitspapier beschreibt selbst diese „NICHT-Umsetzung“ der gesetzlichen Anforderungen und legitimiert damit einen Gesetzesverstoß der Anwender von Pflanzenschutzmitteln.

Als Gegenbeispiel führen wir den Systemansatz des Ökologischen Landbaus an, der die Vorgaben der SUD erfüllt und wirtschaftlich arbeitet.

Dem im Arbeitspapier abgeleiteten Primat der Wirtschaftlichkeit bei der Anwendung von IPS Maßnahmen müssen wir ausdrücklich widersprechen.

Auch die veraltete gfP (s.o.) legt wie auch der NAP den Schwerpunkt auf Wirtschaftlichkeit, was nicht der Intention der SUD und der Definition von IPS im Pflanzenschutzgesetz entspricht. Die in gfp und NAP vorgenommene Definition und Argumentation zum „notwendigen Maß“ legitimiert den derzeit intensiven Einsatz vom chemischen Pflanzenschutz. Zudem legitimiert sie eine systembedingte Abhängigkeit der konventionellen Landwirtschaft, die mit marktwirtschaftlichen Zwängen begründet wird. So wird dem einzelnen Landwirt suggeriert, dass offensichtlich keinerlei Alternativen zum „notwendigen chemischen“ PSM-Einsatz bestehen. Das steht im Widerspruch zu den Vorgaben der SUD, die Abhängigkeit vom chemischen PS zu reduzieren.

Für eine gesetzeskonforme Einordnung braucht es daher eine Klarstellung und Anpassung der Definitionen des „notwendigen Maßes“ und der „Praktikabilität“ im nationalen Pflanzenschutzrecht, in der gfp und im NAP. Das Primat der Wirtschaftlichkeit muss gestrichen werden.

Fehlrückschluss: Wegfall von Wirkstoffen als Hemmnis für die Umsetzung von IPS

Im Arbeitspapier wird die *„prekäre Situation bei der Verfügbarkeit von wirksamen Pflanzenschutzmitteln“* als Hemmnis für die Anwendung von integriertem Pflanzenschutz angeführt. Dem muss ausdrücklich widersprochen werden. Diese Aussage zeigt die falsche Grundintention des Arbeitspapiers und stellt die Logik von integriertem Pflanzenschutz auf den Kopf. Der Wegfall von Wirkstoffen hat ökologische und humantoxikologische Gründe und sollte in einem Arbeitspapier zu IPS nicht infrage gestellt werden. Dadurch würde auch die Innovationskraft zur Entwicklung nicht-chemischer Alternativverfahren gebremst werden, die im Papier selbst angesprochen wird.

Traurige Realität ist allerdings, dass eigentlich verpflichtende vorbeugende Maßnahmen in der Praxis vernachlässigt werden, da die Anwender von PSM entstehende „Probleme“ später durch den Einsatz von PSM „lösen“ können. Beispiele sind eine Überdüngung, die zu verschiedenen Kalamitäten (Blattläuse, Mehltau) führt, dass bestimmte Anbaubaupausen missachtet werden oder auf resistente Sorten verzichtet wird. Zudem führen viele Betriebe ein nur ungenügendes Schaderregermonitoring durch.

Ziel des Arbeitspapiers scheint es zu, den Status-Quo eines intensiven Pflanzenschutzes möglichst lange beibehalten zu können.

IPS nicht förderbar

An zahlreichen Stellen des Arbeitspapiers werden für die Durchführung von IPS „*dringend Rahmenbedingungen für finanzielle Anreize bzw. adäquate Ausgleiche für finanzielle Einbußen*“ eingefordert. Der IPS gemäß der SUD und nationalem Pflanzenschutzgesetz ist jedoch gesetzlich verpflichtend und damit nicht förderfähig. Ein Bezug auf die veraltete gP als Baseline ist unzulässig, da sie die Anforderungen der SUD und des Pflanzenschutzgesetzes nicht entspricht (s.o).

Ineffiziente nicht-chemische Pflanzenschutzmethoden

An mehreren Stellen stuft das Papier präventive und biologische Pflanzenschutzmaßnahmen als nicht oder nicht ausreichend wirksam ein. So wird angeführt, „dass für viele Anwendungsfälle und einige Kulturen keine praxistauglichen nicht-chemischen Verfahren zur Verfügung stehen“ und wenn sie zur Verfügung stehen „zeigen sie in konventionellen Systemen oft eine geringere oder weniger verlässliche Wirksamkeit als herkömmliche Methoden“.

Diese Aussagen haben anscheinend das Ziel, nicht-chemischen Maßnahmen als unwirksam zu klassifizieren und den im Pflanzenschutzgesetz geforderten vorbeugenden und gesamtheitlichen Pflanzenschutz-Ansatz in Frage zu stellen. Das Pflanzenschutzgesetz definiert IPS aber als Kombination von (vorbeugenden, vorrangig einzusetzenden) Maßnahmen – nicht als isolierte Einzelmaßnahmen.

Auch hier führen wir den Systemansatz des Ökolandbaus als erfolgreiches Anbaumodell an.

Zusätzlich versucht das Arbeitspapier beispielsweise mit Formulierungen wie „herkömmliche Methoden“ einen Eindruck zu vermitteln, dass allein auf chemischen Wirkstoffen beruhender Pflanzenschutz eine legitime Erfüllung wäre. Innovationsdruck zur Entwicklung von Alternativen entsteht erst bei „Wegfall klassischer Wirkstoffe“. Da deren Entwicklung/Anwendung allerdings zu teuer/unwirtschaftlich ist, bleibt nur die Behandlung mit chemisch-synthetischen Wirkstoffen.

Irritierend ist zudem die Formulierung „Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit sollten [...] Bestandteil von Reduktionsprogrammen sein“. Landwirte sollen also in zukünftigen Reduktionsprogrammen weiterhin selbst bestimmen können, wie IPS auszulegen ist. Und dies angesichts des oben beschriebenen Mangels an verbindlichen Vorgaben bei der konsequenten Umsetzung des IPS. Bisher liegt national auch kein „Reduktionsprogramm“ vor – das „Zukunftsprogramm Pflanzenschutz“ ist inhaltlich bzgl. einer Reduktionswirkung ungenügend.

Empfehlung für unerforschte Risikotechnologien

Das Arbeitspapier beschreibt gentechnische Züchtungsverfahren gegenüber herkömmlicher Pflanzenzüchtung als zukunftsweisend. Deren Langzeitfolgen auf die Gesundheit und verschiedene Ökosysteme sind jedoch aufgrund fehlender Risikoforschung unbekannt. Dies trifft genauso auf RNAi-Sprays zu. GVO-Pflanzen besitzen nur monogenetische Resistenzen, die schnell durchbrochen werden. GVO-Pflanzen (incl. NGT) erhöhen die Abhängigkeit der Landwirte immer mehr patentierten Saat- und Pflanzgut.

Entwurf des Arbeitspapiers der UAG „Erfolgsfaktoren, Hemmnisse und Anreize“
der AG „Integrierter Pflanzenschutz“ im Forum NAP - „Integrierter
Pflanzenschutz: Status und Perspektiven“ - Stakeholder-Befragung zum
Integrierten Pflanzenschutz: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse
(Stand 25.2.2025)

Stellungnahme der Umweltverbände

Die Umweltverbände¹, in der IPS NAP AG vertreten durch Lars Neumeister, bedanken sich bei den Beteiligten für die Erarbeitung des Arbeitspapiers. Das Arbeitspapier basiert auf der Analyse einer Befragung zum Integrierten Pflanzenschutz (IPS) unter relevanten Stakeholdergruppen innerhalb der NAP-AG IPS.

Ziel der Befragung war, Hemmnisse in der IPS-Umsetzung in der landwirtschaftlichen Praxis zu identifizieren, um diese abzubauen und den Integrierten Pflanzenschutz zu stärken als Beitrag dazu, die Risiken von Pflanzenschutzmitteln (PSM) für die Umwelt und menschliche Gesundheit auf ein Minimum zu reduzieren.

Seit 2014 ist IPS - rechtsverbindlich umzusetzen. Dies gibt die Rahmenrichtlinie 2009/128/EG vor. Seit mehr als 10 Jahren hapert es trotz rechtlicher Vorgabe an der Umsetzung. Von dem Arbeitspapier wird erwartet, dass es konkrete Verbesserungen an der Situation darstellt.

Wir begrüßen die Erkenntnis, dass es sich positiv auswirkt, „wenn Betriebsleitungen ein gesteigertes Umweltbewusstsein zeigen und bereit sind, sich weiterzubilden.“ Ein Umweltbewusstsein der Betriebsleitung auf der einen und ein Verständnis für die Belange der Landwirtschaft auf der anderen Seite sind Voraussetzungen für gesamtgesellschaftliche Lösungen im Bereich Pflanzenschutz. Der Forderung nach „Flexibilität und Eigenverantwortlichkeit sollten daher Bestandteil von Reduktionsprogrammen sein“ können wir dann zustimmen, wenn sich diese Flexibilität und Eigenverantwortung in einem klar abgesteckten regulatorischen Rahmen bewegt.

Die kritische Betrachtung des Rückgangs des Beratungsangebots und die Sorge um die dünne Personaldecke der Pflanzenschutzdienste teilen wir ebenso wie den von einigen Stakeholdern als kritisch gesehene starke Einfluss von Handel und Industrie auf die Beratung. Im Arbeitspapier heißt es *„Als Gegenentwurf wird eine unabhängige, wissenschaftlich fundierte Beratung als Haupterfolgsweg angegeben, die durch praktische Versuchsreihen untermauert wird, wie beispielsweise eine Kombination von Biodiversitätsberatung mit Pflanzenschutzberatung oder Unterstützung zu nicht-chemischen Verfahren und biologischem Pflanzenschutz.“* Dem stimmen wir zu. Dass die unabhängige Beratung hier von entscheidender Bedeutung ist, haben die an der Entstehung des NAPs beteiligten Umweltverbände schon vor mehr als 10 Jahren argumentiert. Ihr damaliger

¹ Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft (BEL), BUND, Deutsche Umwelthilfe (DUH), Greenpeace e.V., NABU und PAN Germany e.V.

Vorschlag, in den NAP einen Indikator mit aufzunehmen, der dies beispielsweise in Form eines Beratungsquotienten widerspiegelt, wurde damals u.a. von einigen Ländern abgelehnt.

Wir stimmen der Erkenntnis im Arbeitspapier zu, die „als wesentliche Erfolgsfaktoren zur Überwindung dieser Hemmnisse eine bessere Anwendungsforschung mit darauf aufbauenden Beratungsangeboten, bessere Verfügbarkeit von wirksamen Alternativen und kleinräumigere Prognosemodelle identifiziert“ hat.

Dass die „fehlende Akzeptanz des Handels“ und die strengen „Handelsklassen und hohen Anforderungen des Lebensmitteleinzelhandels“ am häufigsten als Hemmnis genannt wurde, unterstützen wir. Wir weisen aber darauf hin: Diese Hemmnisse gelten nicht für Ackerkulturen, die vorrangig als Futtermittel- bzw. Energiepflanzen angebaut werden. Handelsklassen und hohe Anforderungen des Lebensmitteleinzelhandels gelten hauptsächlich für 1,6% der Obst- und Gemüsefläche (%-Anteil am Ackerland) und ggf. für den Teil der Kartoffeln, der im Einzelhandel verkauft wird (<2% Anteil am Ackerland).

Die aus der „fehlenden Akzeptanz des Handels“ abgeleitete Empfehlung hätte aus unserer Sicht schärfer ausfallen können und deutlich über geänderte Verbraucherkommunikation und den Vermarktungsstrategien des Handels hinausgehen können und müssen. Hier benötigen die landwirtschaftlichen Betriebe u.a. Änderungen bei den Handelsklassen-Anforderungen.

Zur Methodik

Die Ergebnisse spiegeln in erster Linie die Perspektive der teilnehmenden 14 Institutionen sowie nicht näher aufgeführte weitere Quellen (Fachinformationen) wider. Die Aussage, dass „die Einschätzungen weitgehend den allgemein bekannten Herausforderungen und Hindernissen des IPS“ entsprächen, wird nicht weiter ausgeführt. Hier fehlt eine Verlinkung mit den einbezogenen Fachinformationen, um diese Aussage und die Ergebnisse insgesamt besser nachvollziehen zu können. Auch eine Einordnung der befragten Institutionen wäre ergänzend wünschenswert gewesen.

Die Fragestellung war sehr allgemein gehalten. Um lösungsorientiert von der Problembeschreibung zur besseren Umsetzung des IPS zu kommen, wären Konkretisierungen in der Befragung wünschenswert gewesen (s. zur Struktur).

Während die Fragen nach begünstigenden Faktoren (1) und hemmenden Faktoren (2) für die Umsetzung der Grundsätze des Integrierten Pflanzenschutzes abgefragt wurden, bezog sich Frage nach den regulatorischen Rahmenbedingungen ausschließlich auf die Einführung neuer Technologien und Innovationen im Pflanzenschutz. Warum? Der regulatorische Rahmen spielt nicht nur bei neuen Technologien eine relevante Rolle. Die Frage, an welcher Stelle man regulatorische Änderungen oder finanzielle Anreize benötigt², um die IPS-Umsetzung zu voranzubringen, wäre auch an anderer Stelle von Interesse. Zur Analyse der Hemmnisse hätte auch die Frage nach „falschen Anreizen“ zählen müssen, die einer Umsetzung des IPS entgegenwirken bzw. seine Umsetzung behindert.

2 z.B. eine Pestizid-Abgabe, deren Einnahmen gezielt an die Betriebe zurückfließen

Zur Struktur

Es wäre aus unserer Sicht zielführender, das Dokument (und die Befragung) nach den einzelnen Prinzipien des integrierten Anbaus u.a. nach der SUD (**Allgemeine Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes Anhang III**) zu strukturieren und mit konkreten Beispielen zu unterfüttern.

Die IPM-Richtlinien für Getreide des DBV sind z.B. gut aufbereitet, sie wirken aber nicht. Gerade im Getreide ist ein pestizidfreier konventioneller Anbau ohne Schwierigkeiten möglich, aber der Behandlungsindex in Deutschland stagniert seit 20 Jahren auf sehr hohem Niveau. Noch Mitte der 1980iger Jahre wurden laut Angaben des Industrieverbandes Pflanzenschutz e.V.³ (heute IVA) 50% der Wintergetreidefläche mit Fungiziden behandelt, was einem Behandlungsindex von 0,5 entspräche: heute ist man bei einem Behandlungsindex von rund 2. Der „moderne“, integrierte Pflanzenschutz hat im Getreide die Fungizidintensität verdreifacht, obwohl der chemische Pflanzenschutz das letzte Mittel sein soll(te).

Zu den Schlussfolgerungen

Während in der AG von der Mehrheit der Beteiligten immer betont wird, wie gut IPS in Deutschland umgesetzt wird, erzeugt der Grundtenor des Arbeitsdokuments den Eindruck des genauen Gegenteils. Hier ist das Dokument sehr ehrlich. Die Rückschlüsse auf die Ursachen dieses Umsetzungsdefizits sind jedoch zum Teil nicht nachvollziehbar.

In einzelnen Punkten stimmen wir deshalb nicht mit den Schlussfolgerungen überein, andere Aspekte fehlen oder müssen aus unserer Sicht anders bewertet werden:

1. Es ist die Verfügbarkeit von Pestiziden, die den integrierten Anbau verhindert, nicht deren Mangel.

Begründung: Es gibt laut BVL-Zulassungsdatenbank >30.000 erlaubte Indikationen für den Einsatz von Pestiziden. In Kleinkulturen mag es Lücken geben, weil eine Zulassung für die Pestizidhersteller nicht profitabel ist, aber im Allgemeinen gibt es so viele Indikationen, dass fast jedes pflanzenbauliche Problem chemisch bekämpft werden darf. Diese hohe Verfügbarkeit ermöglicht es in der Konsequenz, vorbeugende Maßnahmen zu vernachlässigen.

Es wird z.B. gerade bei Obst und Gemüse häufig überdüngt, was zu verschiedenen Kalamitäten führt (Blattläuse, Mehltau). Im Ackerbau werden Anbaupausen unzureichend eingehalten (zu viel Wintergetreide in der Fruchtfolge), resistente Sorten werden wenig angebaut usw. Im Obstbau führt man weiterhin neue pilzempfindliche Sorten ein, weil man die pilzlichen Erreger chemisch kontrollieren kann.

Die Verfügbarkeit der chemischen Mittel „verzeiht“ ein ungenügendes Schaderregermonitoring, da sie die Möglichkeit bieten, erst wenn der Schaden schon sichtbar wird, zu handeln und chemisch zu bekämpfen.

Ohne das sehr große Angebot an chemischer Kontrolle müssten Betriebe vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Die sehr große Verfügbarkeit an chemischen Kontrollmöglichkeiten

³ IPS (1987): *Die Pflanzen schützen den Menschen nützen. Eine Geschichte des Pflanzenschutzes. 75 Jahre Industrieverband Pflanzenschutz e.V.*; Seite 72

steht aus unserer Sicht der Regel, dass chemische Kontrolle die letzte Wahl zu sein hat, diametral entgegen.

2. Die Aussage, dass die Wirkstoffsituation prekär ist, können wir nicht mittragen.

Begründung: Im Jahr 2022 wurden neben den Pheromonen, einer Vielzahl biologischer Präparate, Seifen und Ölen noch weitere **17 Wirkgruppen** synthetischer Insektizide in Deutschland verkauft. Das sind drei Wirkgruppen mehr als beispielsweise noch im Jahr 2000, obwohl zwischen 2000-2005 sehr viele Wirkstoffe aus der Zulassung gefallen sind (u.a. durch Umsetzung Richtlinie 91/414/EC), weil sie zu giftig sind oder für die Pestizidindustrie nicht profitabel genug waren. Und es ist ein Vielfaches der verfügbaren **Wirkgruppen, die in den 1960er Jahren zur Verfügung standen**, zu einer Zeit, in der die landwirtschaftliche Überproduktion bereits ein viel diskutiertes Problem war (s.u. Traulsen 1967⁴).

3. Es sind die niedrigen Kosten für den chemischen Pflanzenschutz, die den integrierten Anbau verhindern.

Begründung: Laut KTBL e.V. (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft e.V.) kostet eine chemische Behandlung zwischen 30 - 77€/ha (ca. 77€/ha bei Zuckerrüben). Diese niedrigen Preise erzeugen keinen Einsparanreiz. Erst wenn der chemische Pflanzenschutz wesentlich teurer wird, werden vorbeugende Maßnahmen konkurrenzfähig.

Auch die viel gepriesene Einsparteknik lohnt sich in der Anschaffung für die Betriebe kaum, solange Pestizide so billig sind.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre vor 2023 wurde in den relevanten Kulturen für eine Pestizidbehandlung⁵ (inkl. aller Kosten laut KTBL e.V.) unter 50€/ha ausgegeben. Rechnet man die Ausgaben auf den Ertrag um, kostet der chemische Pflanzenschutz in den meisten Fruchtarten unter drei Cent pro kg Ernte, beim Raps sind es unter fünf Cent pro kg.

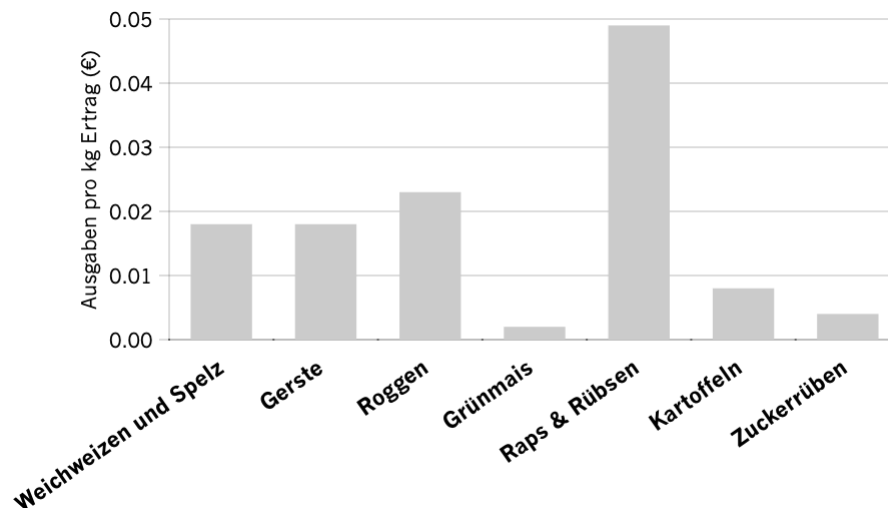


Abbildung 1 Ausgaben für den chemischen Pflanzenschutz pro kg/Ernte (eigene Auswertung mittel KTBL-Daten zu Standarddeckungsbeiträgen, Erträgen/ha und dem JKI Behandlungsindex).

4 Traulsen S (1967): Die Überproduktion als agrarpolitisches Problem. Agrarpolitik und Marktwesen. Verlag Paul Parey. Hamburg und Berlin

5 Als Behandlungsindex (siehe JKI PAPA Erhebungen) gemessen

4. Die Auffassung, dass chemischer Pflanzenschutz immer wirtschaftlicher und wirksamer als vorbeugende oder biologische/mechanische Maßnahmen ist, können wir nicht mittragen.

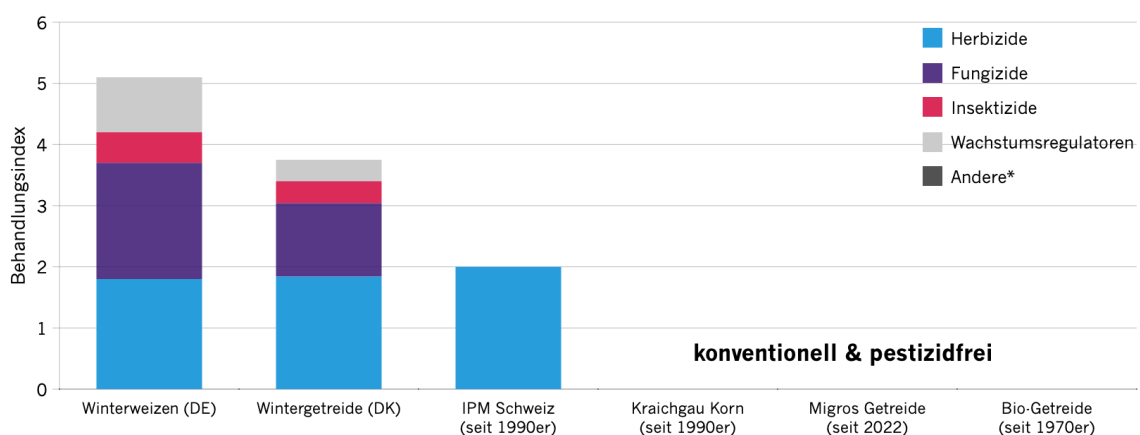
Begründung: Die Wirtschaftlichkeit bzw. Unwirtschaftlichkeit einzelner Maßnahmen ist nach Ansicht des Dokuments eine wesentliche (wenn nicht die Hauptursache) für das Umsetzungsdefizit auf eine integrierte Produktion. Das ist aus unserer Sicht zu kurzgefasst.

An mehreren Stellen bewertet das Dokument präventive und biologische Pflanzenschutzmaßnahmen als nicht oder nur unzureichend wirksam. So wird beispielsweise argumentiert, „dass für viele Anwendungsfälle und einige Kulturen keine praxistauglichen nicht-chemischen Verfahren zur Verfügung stehen“ und dass selbst dort, wo sie existieren, „sie in konventionellen Systemen oft eine geringere oder weniger verlässliche Wirksamkeit als herkömmliche Methoden zeigen“.

Diese Aussagen scheinen darauf abzielen, nicht-chemische Maßnahmen als ineffektiv darzustellen und den im Pflanzenschutzgesetz verankerten ganzheitlichen und präventiven Ansatz infrage zu stellen.

Dass der nicht-chemische Anbau auch wesentliche Vorteile bietet und dass es Anbaukulturen im konventionellen Anbau gibt, die mancherorts bereits erfolgreich auf chemischen Pflanzenschutz verzichten, wird im Arbeitspapier nicht dargestellt. Hierzu zwei Beispiele: Mykotoxine durch Fusarien treten in Waren aus ökologischer Produktion in wesentlich geringeren Konzentrationen auf als in konventionell produzierter Ware – das wurde vielfach belegt. Dies zeigt: Hier ist der Pflanzenschutz im Getreide im biologischen Anbau dem konventionellen, chemischen Pflanzenschutz überlegen.

Mancherorts wird das längst gesehen und so gibt es auch im konventionellen Anbau großflächig pestizidfreien bzw. stark pestizidreduzierten Anbau (siehe folgende Abbildung).



Viele vorbeugende Maßnahmen mit starker Wirkung (u.a. resistente Sorten, Reduktion der Überdüngung, kleinflächigerer Anbau [z.B. Streifenkultur], Gemengenanbau, mechanische Beikrautkontrolle, Untersaaten und Zwischenfrüchte⁶, Erweiterung der Fruchtfolge) sind womöglich wirtschaftlich, aber es fehlen andere Anreize oder es gibt andere Hemmnisse

⁶ Siehe z.B. <https://www.landundforst.de/landwirtschaft/pflanze/fusarium-weizen-anbausysteme-reduzieren-564283>

(fehlende Infrastruktur wie z.B. Schälmaschinen). Für diese Art der Analyse hätte man das Arbeitspapier aber anders strukturieren müssen (s.o.).

In der Schlussfolgerung heißt es im Arbeitspapier: *Die Transformation hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe - die Kosten für die Umstellung auf integrierte Pflanzenschutzverfahren dürfen nicht allein den landwirtschaftlichen Betrieben aufgebürdet werden.*

Das Arbeitspapier weist zurecht darauf hin, dass die Herausforderungen gesamtgesellschaftlich zu betrachten sind. Ausgeklammert wird allerdings – im gesamten Arbeitspapier – dass die Gesellschaft über ihre Steuern, die Subventionierung der Landwirtschaft seit langem mitträgt. Dies soll nicht in Frage gestellt werden, ist aber einer Erwähnung durchaus wert. Betriebe müssen wirtschaftlich arbeiten. Die „Wirtschaftlichkeit“ muss aber ebenfalls gesamtgesellschaftlich betrachtet werden. Denn die Gesellschaft trägt gemeinschaftlich die durch den Pestizideinsatz verursachten „externen“ Kosten (Gesundheit, Umwelt- und Trinkwasserschutz, Monitoring, etc.).

5. Wertschätzungsdebatte.

Begründung: Im Kontext zur gesellschaftlichen Dimension des IPS wird folgendes geäußert: *„Als grundlegende Herausforderung wird die mangelnde Wertschätzung der Landwirtschaft in Teilen der Bevölkerung wahrgenommen.“* Zum einen erscheint es wenig hilfreich, diese Vermutung in dem Fachpapier wiederzugeben. Zum anderen wird damit suggeriert, dass es mit einer größeren Wertschätzung den Landwirt*innen leichter fallen würde, den rechtsverbindlichen IPS in die Praxis umzusetzen. Dies ist nicht nachvollziehbar. Dies schafft auch nicht den benötigten Zusammenhalt in der Gesellschaft.